

GRUNDEINKOMMENSDEBATTE: ERWIDERUNG AUF DIE EINWÄNDE VON ELISABETH VOSS (CONTRASTE 281, FEBRUAR 2008)

Proletarier aller Länder, unternehmt euch!

Der dm-Chef Götz Werner und der Steuerberater Benediktus Hardorp setzen sich seit einiger Zeit öffentlich für ein bedingungsloses Grundeinkommen, finanziert durch eine ausschließliche Besteuerung des Konsums, ein. Anregungen finden sie dabei in den Ausführungen Rudolf Steiners, dem Begründer der Anthroposophie. Die von Elisabeth Voß in der Februarausgabe der CONTRASTE formulierten Anmerkungen, Fragen und Vorwürfe an diese Umsetzungsidee sollen hier diskutiert und erwidert werden.

Philip Kovce, Rahel Uhlendorff ● Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des bedingungslosen Grundeinkommens. Einige Mächtige fürchten sich vor ihm, weil sie um ihre Macht fürchten, die Gruppe der Befürworter wächst jedoch stetig. Seitdem die Debatte um das Grundeinkommen in einer breiteren Öffentlichkeit geführt wird, fällt der Fokus nicht nur auf die Idee, sondern auch auf konkrete Konzepte, wie man ein Grundeinkommen umsetzen könnte. Gerade bezüglich der Finanzierung nimmt der Ansatz von Götz Werner und Benediktus Hardorp eine singuläre Stellung ein. Denn beide plädieren – wie in der Januarausgabe der CONTRASTE dargestellt – für eine radikale Umstrukturierung des heutigen Steuerwesens. Steuern sollen dann und nur dann entrichtet werden, wenn eine reale Entnahme aus der gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung am Ende der Wertschöpfungskette erfolgt. Alle bisherigen Steuerarten gingen dann in einer Steuer auf: der Konsumsteuer.

Verträgt sich diese Idee mit sozialer Gerechtigkeit? Nein, meint Elisabeth Voß, die eine Reihe von Einwänden gegen diese Gedanken vorbringt. Auf diese Anmerkungen soll mit der hier gebotenen Kürze eingegangen werden.

Steuerzahler und Steuerträger

Zu Beginn der Ausführungen formuliert Voß den Vorwurf, die Idee der Konsumsteuer sei ein »klar interessengeleitetes Konzept« (Voß) des Unternehmers Werner respektive der herrschenden Klasse. Diese profitiere von einem funktionierenden Sozialumfeld, wolle aber möglichst wenig zu dessen Finanzierung beitragen.

Davon abgesehen, dass es unangemessen erscheint, gerade Werner zum Klassenfeind zu stilisieren, übergeht Voß hier geflissentlich die Unterscheidung zwischen Steuerzahler und Steuerträger. Der Unternehmer ist als Steuerzahler stets nur ein Zwischenhändler zwischen dem Konsument als Steuerträger und dem Staat als Steuerempfänger. Der Staat finanziert mit den Steuereinnahmen die Ausgaben der öffentlichen Hand, sodass der Empfänger letztlich wieder der Bürger ist. Der Unternehmer kalkuliert aber alle seine Steuern in die Preise ein, denn was er nicht über den Preis – also vom Kunden beim Kaufakt – erlöst, gefährdet ihn in seiner wirtschaftlichen Existenz. Jeder Unternehmer, der nicht so kalkuliert, ist nicht mehr lange Unternehmer. Es ist also nicht der Unternehmer, der den Sozialstaat finanziert, sondern es ist realer der Bürger als Konsument. Die Konsumbesteuerung ist längst eine wirtschaftspraktische Tatsache, auch wenn dieser Sachverhalt im heutigen Steuerdschungel verschleiert und verhüllt wird.

Mit einer transparenten Konsumbesteuerung wäre der Unternehmer auch nicht aus seiner sozialen Verantwortung entlassen, denn diese übernimmt er nicht durch das Weiterreichen von Steuern, sondern durch das Ermöglichen und Koordinieren von initiativen Rahmenbedingungen. Die paritätisch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgeteilten Kosten – Achtung: Träger ist hier schon wieder der Konsument! – werden zudem nicht vollends auf den Arbeitnehmer abgewälzt, wie vorgeworfen, sondern sie werden entweder transparent steuerfinanziert oder lösen sich im Grundeinkommen auf.

Nominaleinkommen und Realeinkommen

Einen anderen Punkt, den Voß ohne Erwähnung lässt, ist die Unterscheidung zwischen Realeinkommen und Nominaleinkommen. Dies ist ein zentraler Punkt in Bezug auf die Sozialverträglichkeit eines Steuersystems. In seinem Buch *Einkommen für alle* schreibt Werner dazu (S. 215): »Der Kardinalfehler unseres heutigen Steuersystems ist, dass es zu stark an geldliche Zulüsse anknüpft. Dabei ist Geld doch eigentlich nur ein nominales Zwischenäquivalent, eine Art Depot für spätere Gegenleistungen. Geldzahlungen sind nur eine Art Verbuchungsakt, eine »Vormerkung« eines Wirtschaftssystems, mit dem es festhält, wer noch kei-

ne reale Gegenleistung für seinen Leistungsbeitrag erhalten hat. Geldbetrag und Geldvermögen drücken insoweit gerade den Stand der noch nicht abgerechneten realen, verbrauchs-fähigen Leistungen der Gesellschaft aus.«

Wer glaubt, hier spräche der Unternehmer, der um sein eigenes Geld fürchtet, dem sei dieser Glaube gelassen. Der Erkenntnisgehalt dieser Aussage ist ein anderer: Dass Menschen mit höherem Einkommen, einen prozentual geringeren Teil ihrer nominalen Einkünfte zum Lebensunterhalt konsumieren, als Menschen mit weniger Einkommen, ist unabhängig von der Besteuerung ein Faktum. Wo liegt aber die soziale Tragik? Weniger in der Tatsache, dass nicht alle gleich viel haben, sondern vielmehr darin, dass einige mehr als genug, andere dagegen weniger als genug haben! Dass wir uns als Gesellschaft diesen Fauxpas leisten,



Transparent bei den Protesten zur Eröffnung des ersten Kölner »Armenkaufhaus« am 14. Mai 2008.

wo wir doch gerade gemessen an der Vergangenheit heute in »paradiesischen Zuständen« (Werner) leben, ist ein kulturelles Armutszeugnis. Diesem wirkt ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle endlich entgegen.

Eine Konsumsteuer sorgt dafür, dass entsprechend der Entnahme und nicht entsprechend der Zugabe zum gesellschaftlich Geleisteten besteuert wird. Selbst auf nominale, nicht direkt konsumierte Einkommen, fallen – sofern diese nicht unterm Kopfkissen liegen – indirekt Steuern an. Denn diese Gelder werden nicht funktionslos endgelagert, sondern durch Investitionen weitergereicht. Das heißt nichts anderes, als dass sie andern Nutzern zur Verfügung gestellt werden. Und der letztendliche Nutznießer ist wiederum der, der beim realen Konsum steuerlich zur Kasse gebeten wird. Konsequenz gilt das Verursacherprinzip: Wer verbraucht, der zahlt. Wer viel verbraucht, der zahlt viel. Schwarzarbeit fällt dabei per definitionem weg; Schwarzhandel, also Steuerhinterziehung, ist nun wesentlich einfacher einzudämmen, denn klar ist: das zu beachtende Nadelohr ist die Konsumtion.

Natürlich besteht auch bei der Konsumbesteuerung die Möglichkeit einer Staffelfung. Luxusgüter könnten mit höheren, Basisgüter mit geringeren Steuersätzen belastet werden. So wäre eine weitere Integration des progressiven Elements möglich. Dass Voß die Staffelfung zwar erwähnt, aber als unwesentlich abtut, ist unverständlich.

Steuerrecht und Steuergerechtigkeit

Voß will den Standpunkt der sozialen Gerechtigkeit einnehmen, indem sie nicht von einer progressiven Besteuerung des nominalen Einkommens absieht. Begründung: Reiche könnten durch Investition aus Geld mehr Geld machen, indem Mehrwert aus der Arbeit anderer angeeignet wird; Gewinne hätten nichts mit Leistung zu tun; hohe Einkommen stünden in keinem Verhältnis zur abgeleiteten Arbeit; die Schere zwischen Arm und Reich würde immer größer.

Bei den angeführten Aspekten ist der jeweilige Bezug der Einwände zu untersuchen. Wo handelt es sich um steuerpolitische Fragen? Welches sind zwar Probleme, thematisieren aber nicht die Steuerfrage? Diese Differenzierung ist wichtig, denn steuerpolitisch kann nur gelöst werden, was steuerpolitisch ein Problem ist.

Hier schert Voß vieles über einen Kamm und braut einen Mix, der im Handumdrehen die Konsumsteuer als unsozial abkanzelt. Dass aus Geld mehr Geld wird, wenn es gespart oder angelegt wird, ist keine steuerpolitische, sondern eine geldpolitische Tatsache. Das Wachstum des Geldes, getrieben im Hamsterrad von Zins, Zinseszins und Inflation, ist zwar nur ein nominales Wachstum, aber ein reales Problem! Die aktuelle Kapitalmarktkrise liefert dafür unfreiwilliges Beweismaterial. Die Erkenntnis, dass fiktive Gewinne nichts mit realer Leistung zu tun haben, ereilt jedoch

jeden Spekulanten spätestens dann, wenn er seinen Gewinn real einlösen will. Er ist nicht vorhanden. – Folge: Die Blase platzt. Will man solche Kapitalwucherungen verhindern, braucht man eine grundlegende Reformierung unseres Finanzwesens, eine Steuerdebatte ist hier aber schlicht der falsche Hebel.

Ein weiterer Aspekt sollte nicht unterschätzt werden: Hedgefonds und renditefokussierte »Heuschrecken« investieren überwiegend unser privates Sparvermögen, welches wir ihnen arglos überlassen. Ein Grundeinkommen würde die gegenwärtige Sparwut eindämmen, denn die finanzielle Angst vor der Zukunft fällt weg. Damit löst sich ein großer Teil der gelagerten »Heuschreckennahrung« auf – und mit ihr viele »Heuschrecken«.

Zuletzt ist zu bemerken – ein vielleicht befremdlicher Gedanke –, dass es nicht Aufgabe des Steuersystems ist, für eine als gerecht empfundene Spanne zwischen den verschiedenen Einkommen zu sorgen. Ganz abgesehen davon, dass ein Steuersystem dazu nicht in der Lage ist. Die einzige Aufgabe der Steuer besteht darin, ein gesamtgesellschaftliches Teilungsverhältnis auszudrücken. Horrende Managergehälter und leistungsunabhängige Gewinnmargen können nicht steuerlich ausgegübelt werden. Höchstens, indem man dafür Wirkungen zu Scheinursachen verdreht, die zu nichts mehr als zu Scheingerechtigkeit führen.

Dies alles mindert nicht die Notwendigkeit einer Diskussion über klaffende Einkommensunterschiede und hemmungslose Spekulationswirtschaft. Doch es sind keine steuerpolitischen Fragen! Für Transparenz und Offenheit bei Gehältern könnten gesetzliche Regelungen sorgen. Am wirkungsvollsten beeinflussen kann diese Debatte aber ein souveräner Konsument, der mit seiner Kaufentscheidung zugleich Unternehmensentscheidungen bis hin zur Vorstandslohnung quittiert. Zu meinen, dem Konsumenten sei diese Macht in der überbordenden kapitalistischen Produktionswelt nicht gegeben, zielt an der Wirklichkeit vorbei. Mit einem Grundeinkommen würde die Wahlfreiheit sogar gestärkt, sodass mit dem Konsumenten ein schlafender Riese erwachen könnte. Unternehmen wären zugleich angehalten, attraktive Produktionsbedingungen zu bieten, bei denen sich Arbeiter und Abnehmer finden lassen.

Kulturminimum statt Kombilohn

Die beklagte Aneignung von Leistungen anderer wird von Voß zu Recht als Unrecht mokiert. Dies geschieht aber nur, wenn Kapitalbesitzer ihr Gegenüber existenziell erpressen können. Mit einem bedingungslosen Grundeinkommen hört diese ökonomische Erpressbarkeit auf. Unternehmer und Arbeiter begegnen sich auf Augenhöhe. Dass Voß dies nicht einsieht, sondern im Grundeinkommen *à la* Werner einen versteckten Kombilohn samt indirektem Arbeitszwang vermutet, liegt schlicht an einer Verwechslung: Sie referiert über eine Höhe des Grundeinkommens von monatlich 800 Euro, von denen zusätzlich noch Kranken- und Pflegekassenbeiträge zu zahlen wären. Nur: Dieser Vorschlag stammt nicht von Werner! Er ist von Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus, der das sog. »Solidarische Bürgergeld« befürwortet. Dem liegt außerdem ein anderes Finanzierungskonzept zugrunde.

Bei der Höhe des Grundeinkommens legt Werner sich bewusst nicht absolut, sondern relational fest, indem er ein Kulturminimum – heute zwischen 800 und 1.500 Euro anzusiedeln – fordert. Dieses kann an gesellschaftliche Entwicklungen angepasst werden, letztendlich bleibt die Höhe eine Frage der demokratischen Willensbildung und der Machbarkeit. Die Unterstellung von Voß, Werner plane eine »offen sozialdarwinistische Gesellschaft« (Voß), ist mehr als abwegig, zumal Werner Versicherungen oder zusätzliche Sozialleistungen nicht ausschließt. Natürlich gilt es, z.B. die gesundheitliche Versorgung aller zu gewährleisten.

Der Einwand, Konsumsteuern würden pauschal zu Preiserhöhungen führen und damit wieder die Geringverdienenden treffen, ist aus zweierlei Gründen unzutreffend. Erstens: Eine schnelle Umstellung würde temporäre Preisanstiege zwar begünstigen, bei einer behutsamen Umstellung ließen Preisanstiege sich jedoch verhindern. Dass eine geringe Steuererhöhung an der Konsumseite nicht zu Preisanstiegen führen muss, zeigt aktuell die Anhebung der Mehrwertsteuer von 16

auf 19 Prozent, der – aller vorherigen Unkenrufe zum Trotz – im Allgemeinen keine proportionalen Preisanstiege gegenüberstehen. Zweitens: Sollten Preise tatsächlich ansteigen, könnte man die Höhe des Grundeinkommens daran koppeln. Wird alles teurer, werden beim Konsum mehr Konsumsteuern erlöst, die zur Erhöhung des Grundeinkommens bereitstehen. Die Kaufkraft bleibt somit stabil. Eine spezielle Verteuerung von Maschinenprodukten ist ebenfalls nicht einschichtig, denn hohe Investitions- und Materialkosten bedingen auch heute höhere Preise.

Schließlich merkt Voß an, dass durch eine Konsumsteuer eine Subventionierung von Menschenarbeit eintritt. Dies ist tatsächlich der Fall. Es ist allerdings erwünscht, findet doch heute in großem Stil die Subventionierung von Maschinenarbeit statt. Diese Umkehr würde ermöglichen, im Bereich der »Kulturarbeit« (Werner) Aufgaben auszuüben, die nicht rationalisiert werden können, und die man sich vorher zwar ideell vorstellen, aber finanziell nicht leisten konnte. Geschehen würde dies nur freiwillig, nie unter Zwang. Denn für wie viel Geld jemand eine Tätigkeit übernimmt, liegt in seinem eigenen Ermessensspielraum. Dies kann z.B. dann dazu führen, dass Tätigkeiten im heutigen Niedriglohntsektor weit besser vergütet werden müssten.

Aufklärung statt Verklärung

Was hat Rudolf Steiner (1861-1925) damit zu tun? Als Begründer der Anthroposophie muss man ihn weder bewundern noch bekämpfen, um ihn höchst interessant zu finden. Steiner sprach zwar nicht explizit vom Grundeinkommen, gab aber implizite Denkanstöße in diese Richtung. Seine Überlegungen sind also von Bedeutung, zumal Werner und Hardorp sich darauf beziehen.

Anders als Marx in *Das Kapital* (1867-94), entwickelt Steiner seinen Kapitalbegriff im *Nationalökonomischen Kurs* (1922) nicht aus der Ware, sondern aus dem Wert. Dass er dabei zu anderen Begriffsbildungen als Marx kommt, ist folgerichtig, aber weder eine Begriffsverwirrung noch eine Reduzierung auf den Konsum, wie von Voß unterstellt, liegen dabei vor. Steiner erkannte jedoch, dass es der Produktionssektor ist, in dem infolge technischer Entwicklungen Maschinenarbeit zunimmt und Menschenarbeit abnimmt – sodass der Mensch tatsächlich von diesen Arbeiten befreit wird. Sollte sich noch bei Marx das Proletariat vereinigen – in einer produktionszentrierten Wirtschaft –, so individualisieren sich in der heutigen Wissensgesellschaft längst die Arbeitsverhältnisse.

Statt in diesen Zusammenhängen der Masse politische Naivität zuwerfen, oder eine mangelhafte Bedeutung der Linken in der Grundeinkommensdebatte zu bejammern, wie Voß es tut, bedürfte es der Einsicht, dass ein dualistisch beschworener Klassenkampf kurzum zum Kampf ohne Klasse wird, wenn ein Teufel an die Wand gemalt wird, der längst sein Gesicht verloren oder verändert hat. Das bedingungslose Grundeinkommen setzt auf die selbstständige Einbringung jedes Bürgers und damit auf den unternehmerischen und kreativen Geist jedes Menschen. Das ist ideologisch weder links oder rechts, noch liberal oder konservativ – sondern die Zukunft! ●

Weiterführende Literatur:

Götz Werner: *Einkommen für alle*. Köln: Kiepenheuer & Witsch 2007
Götz Werner: *Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen*. Stuttgart: Freies Geistesleben 2006
Margrit Kennedy: *Geld ohne Zinsen und Inflation*. München: Goldmann 2006
Rudolf Steiner: *Nationalökonomischer Kurs* (GA 340). Dornach: Rudolf-Steiner-Verlag 2002
Rudolf Steiner: *Die Kernpunkte der sozialen Frage* (GA 23). Mit einem Nachwort von Otto Schily. Dornach: Rudolf-Steiner-Verlag 1996

Texte bei CONTRASTE:

Philip Kovce und Rahel Uhlendorff: *Für Souveränität im Wirtschaftsleben*, Januar 2008, S. 12
Elisabeth Voß: *Götz Werners anthroposophische Steuerreform*, Februar 2008, S. 5

Weiterführende Links:

Initiative von Götz Werner:
www.unterrimm-die-zukunft.de
Texte von Benediktus Hardorp:
www.hardorp-schriften.de
Texte zum Grundeinkommen:
www.archiv-grundeinkommen.de
Termine zum Grundeinkommen:
www.aktiongrundeinkommen.de